

Philologenverband übt scharfe Kritik an Unnachgiebigkeit von Rot-Grün bei Lehrerarbeitszeit

„Kampfansage an alle Lehrerinnen und Lehrer“

Politik des Wortbruchs wird nicht ohne Folgen bleiben

In scharfer Form hat der Philologenverband Niedersachsen auf die Ankündigung der rot-grünen Regierungskoalition reagiert, den Lehrern in der Frage der Arbeitszeiterhöhung keinen Millimeter entgegenzukommen, obwohl nach den jetzt unerwartet hohen Steuereinnahmen die bisherigen Begründungen für diese Maßnahme entfielen. „Dies ist eine Kampfansage an die Lehrerinnen und Lehrer des Landes, die diese nicht hinnehmen werden“, erklärte der Philologenverbandsvorsitzende Horst Audritz.

Die Erhöhung der Pflichtstundenzahl der Gymnasiallehrer stelle ebenso wie die Streichung der bereits festgelegten Regelung zur Altersermäßigung einen eklatanten Wortbruch von Rot-Grün dar, unterstrich Audritz. Damit würden die Lehrkräfte um die Rückzahlung der zwischen 2000 und 2010 unentgeltlich geleisteten Überstunden betrogen, deren vollständige Rückerstattung von der früheren SPD-Kultusministerin Jürgens-Pieper verbindlich zugesagt worden war.

Es werde zudem immer deutlicher, dass die lehrerfeindlichen Maßnahmen ohne Not geschähen, denn die Einnahmen des Landes überträfen die Erwartungen in großem Umfang. Im Übrigen habe Rot-Grün keinerlei Hemmungen, Hunderte neuer kostspieliger Stellen und Stellenhebungen im Regierungsapparat für eigene Parteigänger zu beschließen.

Regierung und Regierungskoalition unterschätzten offenbar immer noch die Enttäuschung und Wut, die ihre wortbrüchige Arbeitszeiterhöhung bei den Lehrern hervorgerufen habe, unterstrich Audritz. Eine solche Bereitschaft zu Aktionen wie derzeit habe es in der Lehrerschaft seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben. Zudem solidarisierten sich immer mehr Schüler und Eltern mit ihren Lehrern, denn sie wüssten, dass die neuen Belastungen auf Kosten der Unterrichtsqualität, der individuellen Förderung und der außerunterrichtlichen Aktivitäten gehen würden.

Geduldig habe die Lehrerschaft in den letzten Jahren immer neue Belastungen auf sich genommen. Jetzt wolle und könne sie nicht mehr. „Man soll sich hüten vor der Wut der Geduldigen“, gab Audritz den Abgeordneten der Regierungskoalition zu bedenken, die Mitte Dezember im Rahmen der Verabschiedung des Haushalts endgültig über die Arbeitszeiterhöhung entscheiden müssen.

Hannover, 19.11.2013